

ZDRUŽENJE ŽRTEV OKUPATORJEV
1941 – 1945, Kranj, Slovenski trg 1
4000 Kranj, p. p. 12, Slovenija
Tel./Fax.: ++ 386-4/2373 – 553
E-mail: zzokranj@siol.net

VEREINIGUNG DER OKKUPATIONS-
OPFER 1941 – 1945, Kranj, Slovenski trg 1
4000 Kranj, Pf. 12, Slowenien
Tel./Fax.: ++ 386-4/2373 – 553
<http://www.kranj.si/ZZO.1941-45>

Št.: 390/09

Datum: 23.10.2009

A P P E L

AN ALLE PARTEIEN DES EU-PARLAMENTS UND DIE BITTE UNS ZU HELFEN!

- 1. An den Parlamentspräsidenten, Herrn Jerzy Buzek**
- 2. An die Vorsitzenden der europäischen politischen Parteien:**
 - Josph Daul - EPP
 - Martin Schulz – S&D
 - Guy Verhofstadt – ALDE
 - Rebecca Harms – GREENS/EFA
 - Daniel Cohn-Bendit – GUE/NGLŽ
 - Timoty Kirkhope – ECR
 - Lothar Bisky –
 - Nigel Farage – EFD
 - Francesko Speroni – MA?
- 3. An alle Abgeordnete des europäischen Parlaments**

Unsere Vereinigung ist eine freiwillige, nichtpolitische Organisation, die alle slowenischen Nazifaschismus Opfer der Zeit von 1941-1945 vereinigt.

Neben der Hilfe für ältere Opfer bei der Lösung ihre Probleme, versuchen wir auch eine materielle und immaterielle Entschädigung von der BRD für die Leiden, die die Menschen während der Besatzung ertragen mussten, zu bekommen..

Wir glauben, dass wir mit ihrer Hilfe der Arroganz der BRD trotzen können und **Gerechtigkeit** erlangen. Wir sind davon überzeugt, dass das europäische Parlament, als die von den EU-Bürger direkt gewählte Institution, den europäischen Bürgern – ihren Wählern – auch helfen kann im Kampf für Gerechtigkeit.

Wir appellieren an alle EU-Abgeordnete über diesen Brief nachzudenken und sich in unsere Lage zu versetzen. Fragen sie sich „ wie würde ich mich in so einer Situation fühlen “. Wir würden uns freuen auf solche Briefe verzichten zu können, vor allem am Ende unserer Laufbahn.

Wir wissen, dass diese Zeit schon weit entfernt ist, was auch die BRD-Verträter immer gerne wiederholen. Aber für uns wird diese Zeit immer in Erinnerung bleiben.

Lassen sie uns ein paar der wichtigsten Tatsachen anführen, was das Leiden des slowenischen Volkes während des Zweiten Weltkrieges angeht:

1. Das slowenische Volk war schon vor der Besatzung durch Hilters Nazisten zur Zerstörung verurteilt.
2. Sofort nach dem Angriff auf Jugoslawien vom 6. April 1941 hat Hitler bei seiner Rede am 27. April 1941 in Maribor befohlen: »MACHT MIR DIESES LAND WIEDER DEUTSCH« und das Morden nahm seinen Lauf.

3. Zuerst würde die Intelligenzschicht und die heimatbewussten Slowenen hingerichtet oder in Gefängnisse gesteckt. Als die Gefängnisse voll waren, wurden die Menschen in KZ-Lager gebracht und nur wenige kamen zurück.
4. Weil **die Nazisten** diese Stück Land für sich wollten, wurde beschlossen ungefähr 260.000 bis 300.000 Slowenen zu vertreiben. Einige wollte man liquidieren und einige umerziehen bzw. germanisieren. Diese Menschen sollten dann in den Häusern wohnen, aus denen die Slowenen vertrieben wurden.
5. Weil die Vertreibung der Slowenen in den süden Balkans (in den süden Serbiens, Bulgarien und Römänien) nicht erfolgreich war, mussten die Transporte Richtung Deutschland umgeleitet werden.
6. Es wurden ungefähr 68.000 Menschen vertrieben oder sind geflohen. Man muss auch noch die KZ-Lager, Gefängnisse, Geiseln und gestohlene Kinder berücksichtigen. Auf die eine oder andere Weise litten 180.000 Slowenen und das nur weil man gegen die deutsche Besatzungsmacht Widerstand leistete (siehe Himmlers Verordnung von...).
7. Alle, die ihr Zuhause verlassen mussten, haben alles verloren:
 - die menschliche Würde
 - die Existenz
 - die Freiheit
 - all das bewegliche und unbewegliche Vermögen (in einigen Lagern wurden den Menschen sogar Goldzähne gezogen)
 - als man alle Dokumente einsammelte bekam man eine Nummer und von dem Augenblick an war man nur noch eine Nummer und kein Mensch mehr.
8. Um die Rassenzugehörigkeit zu analysieren, wurden Untersuchungen durchgeführt. Damit wollte man herausfinden welche Slowenen eventuell der deutschen Rasse entsprechen:
Die Kategorien:

a.) geeignet (bleibt zuhause)	cca 8%
b.) teilweise geeignet (Vertreibung, Gefängnis)	cca 60%
c.) ungeeignet (KZ-Lager, Hinrichtungsstätte)	cca 32%

 Das sind geschätzte Zahlen, die aber fast der Realität entsprechen. Für weitere Analysen fehlte den Nazisten die Zeit.
9. Gestohlene Kinder. Die Nazisten hatten einen teuflischen Plan, wie sie das slowenische Volk ausrotten wollen. Neben blutigen Gefängnissen, Ermordungen von Geiseln, Vertreibungen, wurden alle Männer von als »gefährlich« eingestuft und heimatbewussten Familien auf Hinrichtungsstätten gebracht. Die Frauen brachte man in KZ-Lager und die Kinder, die man den Eltern wegnahm, wurden in Umerziehungsanstalten gebracht oder von nazistischen Familien adoptiert.
10. Flüchtlinge. Um sich einer Festnahme oder einer Vertreibung zu entziehen (Gefängnis oder Liquidierung), sind viele geflüchtet und haben alles hinter sich gelassen.

Im Exil sind alle ihren eigenen Leidensweg gegangen, der aber für niemanden leicht war. Alle Menschen, die ihr zuhause verlassen mussten, wurden von den Nazisten als kostenlose Arbeitskraft missbraucht. Auch das kleine bisschen Essen bekam man oft nicht.

Als wir nach Kriegsende nach hause gekommen sind, hatten wir nichts mehr. Alles, was unsere Vorfahren aufgebaut haben, wurde entwendet, zerstört oder abgerissen (niedergebrannt). So musste man ohne Geld und Material von Null anfangen, was schwer genug war. Alle, die aus dem Exil zurückkamen, waren von den nazistischen Represalien erschrocken und man fand sich nur schwer zurecht. Viele verzweifelten an ihrem Schicksal. Als wir Hilfe

erwarteten, kam die nicht, was uns heute noch wehtut. Schlimm war es für Familien mit Kleinkindern, die ihren Kleinen nicht mal ein Stück Brot oder etwas Milch geben konnten.

Die Behörden hielten den Schaden fest, aber Geld bekam man keins.

Die deutschen Behörden boten Jugoslawien ein Kredit unter dem Vorwand einer wirtschaftlichen Hilfe an. Die Behörden nahmen an, weil die Konditionen sehr günstig waren (Slowenien hat seinen Teil schon abbezahlt). Jugoslawien brauchte den Kredit, weil die Wirtschaft am Ende war. Die damals anwesenden Vertreter der jugoslawischen Regierung (auch Tito) sagten, dass man vergeblich auf Entschädigungsverhandlungen für die Kriegsoffer gewartet hat. Mehr über diese Problematik steht auf unserer Website und im Buch »Entrechtung, Vertreibung, Mord«- Verlag »Metropol« Berlin.

Bei all unseren Bemühungen die deutsche Öffentlichkeit mit Hilfe von Symposien, Ausstellungen und anderen Dingen über die Untaten des Zweiten Weltkrieges zu informieren, fragen uns die Menschen, wie das alles passieren konnte. Einige Nachfahren haben sich im Namen ihrer Väter, die während des Zweiten Weltkriegs in Slowenien stationiert waren, entschuldigt.

Vor 15 Jahren wusste die deutsche Öffentlichkeit über das Leiden des slowenischen Volkes relativ wenig. Mit Hilfe unserer deutschen Kollegen und wegen zahlreicher von uns organisierter Symposien und Ausstellungen gestaltet sich die Situation jetzt sehr viel anders.

Bei unseren Bemühungen sind wir nicht alleine. Opfer aus Polen, Griechenland, Serbien und Italien wollen auch ihr Recht auf Entschädigungen geltend machen.

Dieser Brief ist an alle EU-Abgeordnete adressiert. Wir würde sie bitten, Einfluss mit Hilfe des europäischen Parlaments auf die deutsche Regierung zu nehmen, damit die endlich den noch ungefähr 35.000 lebenden Opfern eine angemessene materielle und immaterielle Entschädigung zahlt.

Wir würden uns über die Höhe schon einigen und sind der festen Überzeugung, dass die BRD wegen ihres Ansehens unsere Forderungen erfüllt. Wir denken, dass die BRD nicht in Zukunft blicken kann, wenn die Vergangenheit noch nicht geklärt ist.

Wir bedanken uns für jegliche Hilfe ihreseits schon im voraus. Wir würden uns freuen, wenn die slowenischen Vertreter die ganze Problematik vor den zuständigen Behörden des europäischen Parlaments erläutern könnten.

Mit freundlichen Grüßen,

Präsident
Franc Rovani

ZDRUŽENJE ŽRTEV OKUPATORJEV
1941 – 1945, Kranj, Slovenski trg 1
4000 Kranj, p. p. 12, Slovenija
Tel./Fax.: ++ 386-4/2373 – 553
E-mail: zzokranj@siol.net

VEREINIGUNG DER OKKUPATIONS-
OPFER 1941 – 1945, Kranj, Slovenski trg 1
4000 Kranj, Pf. 12, Slowenien
Tel./Fax.: ++ 386-4/2373 – 553
<http://www.kranj.si/ZZO.1941-45>

DIE SCHULDEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND GEGENÜBER DEN SLOWENISCHEN OPFERN DES NAZISMUS

Das Leiden des slowenischen Volkes in der Okkupationszeit von 1941-1945 ist bereits an anderer Stelle beschrieben, hier möchte ich nur unsere Entschädigungsbemühungen für den uns zugefügten Schaden etwas näher erläutern.

Die BRD schuldet den slowenischen Opfer, die damals all ihr Vermögen zurücklassen mussten, dass dann nationalisiert wurde, viel.

Es ist nicht wichtig wie viel der Einzelne hatte, wichtig ist, dass es sein Vermögen war, was er sich mit seinem Fleiß erarbeitet hatte. In der Kriegszeit litt jeder auf seine weise, aber als wir Nachhause zurückkamen hatten wir nichts.

Das jetzige Theater der BRD was die Entschädigungszahlungen für den entstandenen Schaden betrifft, ist zynisch und unmoralisch.

Als wir am 8. Januar 1998 den deutschen Behörden (der Regierung und dem Bundestag) unsere Entschädigungsforderungen schickten, für den entstandenen materiellen und immateriellen Schaden, war die Reaktion mehr als negativ. Alle stellten sich dumm an und fragten sich: „Woher seit ihr den gekommen?“

Auf einmal hatten alle eine pauschale Antwort parat, dass man schon Jugoslawien alles bezahlt hat mit irgendwelchen Krediten. Für andere Entschädigungszahlungen konnte man uns bis heute keinen Beweis liefern. Es ist bewiesen, dass EIN KREDIT KEINE ENTSCHÄDIGUNGSAUFLAGE IST und das KRIEGSVERBRECHEN NICHT VERJÄHREN. Die einzige Partei, die antwortete, waren BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN... (Günter Saatchoff) und sagten uns, dass wir ganz bestimmt berechtigt sind eine Entschädigung zu bekommen und das sie alles in ihrer Macht stehende tun werden, dass wir eine gerechte Entschädigung bekommen werden. Es wurde NICHTS getan. Als sie in die Koalition kamen, haben sie ihre Meinung einfach geändert.

Weil sich trotz aller Bemühungen, auch vor Gericht, nichts änderte, haben wir am 8. Januar 2004 einen Notbrief an dieselben Adressen geschickt und ein Bürokrat aus dem Regierungskabinett antwortete kurz mit einem NEIN.

Die Abgeordnete, Frau Ula Jelpke, schickte der Regierung am 10. Juli 2006 unter anderen auch drei Fragen bezüglich der Entschädigungen für slowenische Opfer des Nazismus. Ich will auf die Antworten für die Opfer anderer Länder nicht näher eingehen, aber die Antworten, die uns betrafen, waren arrogant und erniedrigend.

Unsere Freunde und Gleichgesinnte aus Nürnberg schrieben dem Bundespräsidenten über diese Problematik, der sich aber geschickt aus der Verantwortung herauszog und uns an den Botschafter der BRD in Ljubljana adressierte. Auch die Antwort auf den Brief unserer Freunde an das auswärtige Amt war NEGATIV. Die Botschaft hat nach einer Besprechung mit uns auf beide Briefe beantwortet. Die Regierung dagegen nicht.

Die Antworten am Anfang (vor 10 Jahren) waren mit an haaren herbeigezogenen Ausreden bestückt, die jetzigen sind aber arrogant und erniedrigend. Man will uns davon überzeugen, dass **diese Zeiten schon lange vorbei sind** und das es an der Zeit ist nach vorne zu schauen. Sie sagen auch, dass jetzt nicht die richtige Zeit ist diese Probleme zu behandeln.

Wir beachten alle Meinungen, außer der, über die Entschädigungsberechtigung.

Die frechste und verantwortungsloseste aller Ausreden ist die über die zeitliche Distanz des Problems.

Wir behaupten zu recht, dass die Jahre 1957, 1971 und 1991 als wir, die slowenischen Opfer des Nazismus, je eine PETITION für die Zahlung der Entschädigung an die deutsche Regierung schickten, keinen zeitliche Distanz darstellten.

Wie an den Haaren herbeigezogen die Ausreden über die Vereinbarung Tito-Brandt über die Entschädigungszahlungen sind (die Vertreter der BRD-Regierung betonen das, ohne jegliche Beweise, immer und immer wieder), zeigt das Schreiben von Titos persönlichem Sekretär, Dr. Marko Vrhunec, der bei jeder Besprechung anwesend war. Wir **zitieren**:

SCHREIBEN ÜBER DIE KRIEGSENTSCHÄDIGUNGEN DEUTSCHLANDS

1. Die Entschädigungsfrage Deutschlands konnte die SFRJ niemals lösen, aber auf die Entschädigung wurde niemals verzichtet, solch ein Dokument existiert nicht.
2. Diese Frage wurde im Interesse der westlichen Staaten abgeblockt, weil zwei deutsche Staaten existierten und kein Friedensvertrag mit Deutschland unterschrieben wurde.
3. Um diesen Zustand zu überbrücken, hat die SFRJ selbst im Jahr 1962 eine Entschädigungsforderung bei Westdeutschland eingelegt, wurde aber entschieden zurückgewiesen..
4. Als in Westdeutschland Willy Brandt an die Macht kam und im Juni 1969 Tito besuchte, hat dieser am Ende des Gesprächs dieses Kapitel eröffnet, das eines der heißesten und ungelösten Kapitel in der Beziehung war. Wie aus meinem Schreiben hervorgeht antwortete Brandt, dass die Zeit noch nicht reif sei dieses
5. Kapitel zu lösen, vor allem weil die Lösung dieses Problems eine Lawine an Forderungen der Osteuropäischen Länder auslösen würde. Brandt bot ein Teilzeitlösung in Form einer „Kapital-Hilfe“ (eine Milliarde DM) an.
6. Tito hat dieses Angebot angenommen, weil es auf der einen Seite ein großer Anreiz für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder darstellte, auf der anderen Seite aber die Entschädigungsfrage damit nicht entgültig löste. Das bestätigt auch Titos streben nach einer Lösung dieses Problems auf seiner Tournee durch die europäischen Staaten, die USA, Canada und die Sowjetunion im Jahr 1970 und 1971 (siehe meine Notizen).
7. Die „Kapital-Hilfe“ war ein Kredit, den uns Westdeutschland in einer Höhe von 1.240 Millionen DM gab, auf 30 Jahre mit einem 2% Zinssatz. Man began den Kredit nach 10 Jahren abzubezahlen. Die Bundesversammlung der SFRJ hat die Vereinbarung als ein „Abkommen über die Bewilligung einer Kapitalhilfe“ am 26. Dezember 1974 ratifiziert, was beweist, dass dies keine Entschädigung war und diese Frage bis heute offen ist.

In unseren Briefen haben wir mehrere Beweise angeführt, die uns berechtigen, eine Entschädigung zu bekommen.

Auf der anderen Seite bekamen wir von der BRD-Regierung keinen triftigen Grund uns die Entschädigung nicht zu zahlen, sondern nur schamlose, erniedrigende Antworten.

Auch die Nazis haben in ihrer KUNDMACHUNG vom 20 Oktober 1941, als sie die Vertreibung der Slowenen nach Deutschland bekanntgaben, angeführt, dass man uns das abgenommene Vermögen in gleicher Weise zurückgegeben oder zurückgezahlt wird. Bis heute ist nichts von dem geschehen.

Wir betonen noch einmal, dass das slowenische Volk von **den Nazis zur Vernichtung verurteilt wurde**. Als wir unsere Häuser zurücklassen **mussten**, haben wir in ungefähr 2 Stunden alles verloren:

1. Die menschliche Würde
2. Unsere Freiheit
3. Unsere Existenz
4. All unser hart erarbeitetes Vermögen
5. All unseren Dokumente, wir waren nur noch eine Nummer und keine Menschen mehr.

Alle normalen deutschen Staatsbürger, mit denen wir uns unterhalten haben, außer der Regierung (die ist nicht normal), haben uns beigepflichtet und gaben uns recht.

Man kann die Enttäuschung, die wir bei unserer Rückkehr nach 4 Jahren des Leidens erlebt haben, als nichts mehr übrig blieb, nicht beschreiben. Weil wir krank und müde von dem Durchlebten waren und nichts übrig blieb, fragten sich Viele, ob es noch einen Sinn hat zu leben.

Es gab nichts zu essen und wir konnten uns auch kein Essen kaufen (war auch nichts da), weil uns die finanziellen Mittel dazu fehlten.

Wenn wir bei all dem noch die erniedrigende Einstellung der deutschen Behörden dazuzählen, ist es fast unglaublich, dass so etwas möglich ist.

Falls wir es nicht schaffen sollten, für die paar noch Überlebenden eine Entschädigung zu bekommen (wir werden ja nicht mehr lange leben), werden die deutschen Behörden über das gesparte Geld auf Kosten von „ein paar Slowenen“ triumphieren und **ohne schlechten Gewissens** weiterleben.

Am Ende will ich noch einmal die Kategorien der Menschen aufzählen, die zu einer materiellen und immateriellen Entschädigung berechtigt sind (viele sind es ja nicht mehr):

1. Alle KZ-Insassen
2. Alle Vertriebenen (nach Deutschland und an den Balkan)
3. Flüchtlinge, die vor der Vertreibung und der Gewalt flohen
4. Politische Gefangene (Begunje, Celje, Maribor)
5. Kinder – Kriegsweisen und gestohlene Kinder
6. Die Hinterbliebenen der Ermördeten
7. Zwangsarbeiter

Allen Opfer sollte man die Leidenszeit und die Entschädigungshöhe anerkennen. Allen, die schon eine Entschädigung vom IOM bekamen, sollte man diese verrechnen.

Über alles Andere müsste man reden.

Verfasst von:
Tone Kristan

Kranj, Februar 2009

ZDRUŽENJE ŽRTEV OKUPATORJEV
Tran.račun: 05100-8000057707
1941-1945 KRANJ, Slovenski trg 1
4000 KRANJ, p.p. 12
E-mail: zzokranj@siol.net

VEREINIGUNG DER OKKUPATIONS
OPFER 1941-1945 KRANJ
Slovenski trg 1, 4000 KRANJ, p.p, 12
Tel./Fax.: 00386-4/2373-553
<http://www.kranj.si/ZZO.1941-45>

Nr.: 10/2004
Date: 08.01.2004

An

- **DIE REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**
- **DEN DEUTSCHEN BUNDESTAG – Herrn PRÄSIDENT**
- **ALLE BUNDESTAGSFRAKTION**

Sehr geehrte Damen und Herren

Als wir am 8.1.1998 den Antrag auf materielle und immaterielle Entschädigung für slowenische Opfer des GENOZIDS und der Entnationalisierungspolitik durch die nazistische Okkupationsmacht in der Zeit von 1941 bis 1945 gestellt haben, hatten wir keine blasse Achtung, das wir in sechs Jahren trotz aller unserer Bemühungen noch gar nicht erreichen werden, was für die deutsche Regierung eine große SCHANDE bedeutet.

Nicht nur wir, sondern auch ein hoher Prozentsatz der DEUTSCHEN, die ein starkes Gerechtigkeitsgefühl haben, sind fest davon überzeugt, dass wir für das durchgemachte Leid zu einer entsprechenden Entschädigungsleistung berechtigt sind. Bei der Zurückweisung unserer Anträge wurden meistens nur weit hergeholte Argumente angeführt:

1. Dass die BRD schon eine Entschädigung für die Opfer an das ehemalige Jugoslawien gezahlt hätte, **STIMMT NICHT**. Als wir die gesamte Dokumentation darüber durchstudiert hatten (das so sehr gepriesene »Protokoll über die Gespräche Tito-Brandt auf Brioni 1973« und auch andere Dokumente und Protokolle), hatten wir darin nichts gefunden, was Ihre Behauptungen bestätigt hätte. Auch die immer wieder erwähnten Kredite (die s.g. »Kapitalhilfe«), welche Jugoslawien erhalten hat insgesamt 1.240.000.000 DM), sind **KEINE ENTSCHÄDIGUNG**. Übrigens hat die Republik Slowenien ihren Kreditanteil schon zurückgezahlt.
2. Das Argument, dass es **KEINE GESETZLICHE GRUNDLAGE** gibt, darf nirgends und unter keinen Umständen verwendet werden, weil eine Lösung immer gefunden werden sollte. Ein schönes Beispiel ist das Gesetz über die Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, das nur unter außenpolitischem Druck aus den USA beschlossen wurde (wir sind leider nicht so vermögend und außerdem ist unsere Regierung nicht bereit, sich konsequent für die eigenen Staatsbürger einzusetzen). Unser Volk war ebenso **WIE DIE JUDEN** bereits vor der Okkupation **ZUR VERNICHTUNG** verurteilt worden (mehr darüber in den Anlagen) Dabei wünschen wir uns nur, dass wir ebenso gerecht behandelt werden wie die schon entschädigten Opfer aus den west- und mitteleuropäischen Staaten.
3. Die Ablehnung unserer Anträge mit der Begründung, dass sich für die Problematik die Zeit schon allzusehr entfernt hat, ist – milde gesagt – lächerlich. Obwohl die jugoslawische Regierung zu verhindern suchte, dass die slowenischen Opfer von den Besatzern eine Entschädigung erhalten, haben wir schon 1957 und 1971 an die deutsche Regierung Anträge (PETITIONEN) auf eine Entschädigungszahlung für den zugefügten materiellen und immateriellen Schaden gestellt. **War es auch schon damals zu spät dafür?** Dasselbe machten wir nach der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens im Jahre

1991. Es ist sehr merkwürdig, dass die deutschen Behörden auf keinen von diesen Anträgen reagiert haben. Sie haben sich einfach »dummgestellt«, wahrscheinlich mit dem Gedanken »man kann uns doch nichts anhaben!«, was für die slowenischen Opfer sehr demütigend ist.

4. Die Regelungen des »Stiftungsgesetzes«, das sich nur auf die Zwangsarbeiter bezieht, berücksichtigen unsere Interessen nicht, weil niemand über die Probleme und die Kategorien der slowenischen Opfer sprechen wollte, obwohl wir alle – von der Regierung bis zum Bundestag – darum gebeten bzw. sie dazu aufgefordert haben. Wir behaupten, dass niemand oder nur sehr wenige wissen, was mit Slowenen während des Krieges eigentlich geschah (mehr darüber in den Anlagen).
5. Wenn die Verantwortlichen der deutschen Regierung wenigstens das gelesen hätten, was wir in den letzten Jahren geschrieben haben, und wenn sie nur teilweise die wichtigsten Tatsachen beachtet hätte, hätten sie unsere berechtigten Ansprüche anerkennen müssen. Es gab ca. 160.000 slowenische Opfer aller Kategorien (Konzentrationslager, Arbeits und Straflager, politische Arreste, Vertriebene, Flüchtlinge, Deportierte, ermordete Geiseln und Kriegsgefangene). Von ihnen hat mehr als ein Drittel das Morden nicht überlebt. Von den Überlebenden leben jetzt nur noch etwa 25.000 bis 30.000 Personen, die sich – falls sie eine Entschädigung erhalten würden – wenigstens einmal jährlich 14 Tage Urlaub in einem Kurort oder Thermalbad leisten könnten, was für ihre Gesundheit sehr nützlich wäre. Es ist uns klar, dass diejenigen, die nach dem Gesetz über die Zwangsarbeit schon eine Entschädigung bekommen haben (ca. 8.500 Personen), nicht mehr für Zahlungen in Betracht kommen.
6. Materielle Entschädigung: Im Gesetz über die Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« wurde die Entschädigung für den zugefügten materiellen Schaden auf bestimmte Kategorien von Opfern beschränkt, was nicht gerecht ist, weil dadurch das Schicksal vieler unserer slowenischen Menschen einfach ignoriert wird: Vor unseren Häusern erschienen unerwartet und unangekündigt Lastwagen mit Soldaten, die uns mit gegen uns gerichteten Gewehren in den Händen befahlen, dass wir uns sofort auf die Abfahrt vorbereiten sollten (in einer bis zwei Stunden) und dass wir nur so vile mitnehmen dürften, wie wir selber tragen könnten. Derjenige, der wegen Krankheit u. ä. Nichts tragen konnte, musste mit leeren Händen weggehen. Die meisten von uns ließen so alles zurück – das gesamte Mobiliar – und Immobilienvermögen, was unsere Vorfahren und später wir selbst unter großer Anstrengung und durch schwere Arbeit erworben hatten. **Bei der Verhaftung, Vertreibung, Aussiedlung und Flucht verloren die slowenischen Opfer alles, was sie besaßen, denn nach der Rückkehr fanden sie zu Hause gar nichts**, im besten Fall nur leere Gebäude vor oder nicht einmal das. Und niemand weiß, wer weggenommen bzw. wohin weggebracht, verbraucht oder vernichtet hatte. Wie kann man ohne Berücksichtigung dieser Tatsachen festlegen, wer unter welchen Bedingungen das Recht auf einen Schadenersatz hat und andere davon ausschließen? **Das ist ein Zynismus ohne Gleichen!** Auf diese Weise können nur die Leute denken und sprechen, die nicht die geringste Ahnung von dieser Problematik haben.
7. Nach dem »Stiftungsgesetz« haben einige unserer Mitglieder wegen der Zwangsarbeit etwas Kleingeld für den durchgemachten Leidensweg erhalten. Es stellt sich die Frage, wie man uns behandeln würde, wenn wir alle von den nazistischen Okkupanten, so wie das vorgesehen war, nach dem Süden des Balkans (Südserbien, Bulgarien, Rumänien usw.) abgeführt worden wären. Wie man es jetzt Ihren Betrachtungen entnehmen kann, würde man uns nicht als Opfer akzeptieren (weil es diesen Sachverhalt im Gesetz nicht gibt), obwohl dieselben Besatzer an ihnen ein ähnliches Verbrechen begangen haben wie an den Slowenen, welche nach Deutschland geschickt wurden. Aber diejenigen, die nach dem Süden des Balkans vertrieben wurden, wurden einem noch schlimmeren Martyrium ausgesetzt, wo sie neben all dem Leiden um ihr nacktes Leben zitterten (so auch die Eltern um das Leben ihrer Kinder und ihrer Familien). Eine große Gefahr für sie stellten nicht nur Nazis dar, sondern auch die einheimischen Verräter und Quislinge. Diejenigen,

die in Lagern waren, mussten in verschiedenen Fabriken und Bergwerken für die deutsche WEHRMACHT arbeiten, die anderen mussten sich eine Arbeit suchen, damit sie und ihre Familien überlebten. Auch für die Kranken und Altersschwachen musste gesorgt werden. Dieselben Greuelthaten erlebten FLÜCHTLINGE, die aus Angst vor der Verhaftung bzw. Vertreibung geflüchtet waren, um ihr nacktes Leben zu retten. Auch diese Menschen ließen zu Hause alles zurück, was sie besaßen. Jeder von ihnen, dem vor Ende der Okkupation durch ein Wunder die Rückkehr in die Heimat gelungen wäre, hätte dafür einen Kopfschuss erhalten. Die in Slowenien errichteten politischen und Straflager blieben bezüglich ihrer »Gastfreundschaft« in keiner Weise hinter den Konzentrationslagern zurück, vielleicht waren sie in einigen Elementen noch schlimmer. Dort wurden die Opfer in verschiedene Gruppen eingeteilt: 1. zur Liquidierung Bestimmte, 2. »Schwerverbrecher«, die später, als der Arest voll wurde, in andere Konzentrationslager abgeführt wurden, 3. andere Häftlinge. Auch das berühmte Konzentrationslager Jasenovac in Kroatien stellte eine richtige »Gruft« dar, denn von den 400 dorthin geschickten Slowenien überlebten 285 den dortigen »Komfort« nicht.

- 8 Wahrscheinlich hat kein Abgeordneter, Politiker oder Beamter darüber nachgedacht, wie es einem geht, wenn die Familie sich gerade an den Tisch zum Mittagessen setzen will, aber draußen im Hof plötzlich ein Lastwagen voll Soldaten mit geladenen Gewehren in den Händen auftaucht und der Befehl zur sofortigen »Evakuierung« gegeben wird, d. h. alles zurücklassen und weggehen. Natürlich wurde auch das gerade gekochte Mittagessen unangerührt gelassen (eine Geschichte darüber könnte den Titel »Nie verzehrtes Mittagessen« haben). Wenn einem dabei auch noch alle Papiere, Wertsachen und das Geld weggenommen werden und außerdem gesagt wird, dass diese Dinge dort, wohin man gehen wird, sowieso nicht mehr gebraucht werden, kann man nur noch »jubeln«. Diejenigen Opfer, die von den Nazis und ihren Helfern und Quislingen zu Hause oder auf der Straße gefangen genommen und zu den Hinrichtungsstätten abgeführt wurden, hatten keine Zeit, über irgend etwas nachzudenken. Greuelthaten und Ihrer Irrtümer erwarten **eine ernsthafte Behandlung unserer Anträge.**

In diesem Moment verloren die slowenischen Opfer alles:

1. die Menschenwürde,
2. die Existenzgrundlage,
3. die Freiheit,
4. das gesamte Vermögen (Mobiliar und Immobilienvermögen, Geld und Wertpapiere, Gold und andere Wertsachen; in einigen Sammellagern haben die Nazis vor dem Transport den Menschen, die goldene Zähne hatten, sogar diese gezogen).
5. von da an waren sie nur noch Nummern, weil ihnen auch alle persönlichen Dokumente weggenommen wurden.

Im November dieses Jahres organisierten wir, zusammen mit unseren Freunden, in Nürnberg ein eintägiges Symposium zum Thema »NS-Unrecht in Slowenien 1941-1945«, an dem außer uns mit ihren Beiträgen auch einige deutsche Experten und Kenner dieser Problematik teilnahmen, die uns bei unseren Bemühungen unterstützen. Das Symposium fand im Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände statt.

Wir haben vor, solche Symposien in der Zukunft auch in anderen deutschen Städten zu veranstalten, weil wir festgestellt haben, dass bei diesem Treffen nach den gehörten Referaten die meisten Teilnehmer eingestehen mußten, dass sie vorher über diese Problematik gar nichts wußten, und haben uns deshalb auch versichert, dass sie uns bei unseren Anstrengungen und unseren Ansprüchen voll unterstützen.

Unserer Meinung nach wäre es auch sehr nützlich, einen Vortrag im Bundestag oder bei irgendeinem Organ der Regierung zu halten, wozu wir immer bereit sind.

Hier möchten wir aber keine zahlen unserer Anträge angeben, weil wir diese schon übermittelt haben bzw. werden wir sie wieder in einem unmittelbaren Gespräch mit den Vertretern der Regierung und des Bundestages anführen.

Hier möchten wir nur noch erwähnen, dass nur noch eine kleine Gruppe der Opfer lebt, die das Recht auf materielle und immaterielle Entschädigung hätte.

Zum Schluß fordern wir alle Verantwortlichen nachdringlich dazu auf, die in diesem Schreiben dargestellten Tatsachen endlich zur Kenntnis zu nehmen, wobei sie nicht vergessen sollten, dass **KRIEGSVERBRECHEN NIE VERJÄHREN**.

Wir legen ein paar historische Dokumente über unser Martyrium mit den wichtigsten Fakten bei.

Hochachtungsvoll

Präsident
Tone Kristan

Beilage:

1. ZUR VERNICHTUNG VERURTEILT – Referat
2. PETITION von 7.6.2000
3. Verschiedene dokumente 14x

HIMMLERS ERLASS

Abschrift

Reichsführer –SS
do. – Staf. RF – SS
ge zu Tgb.Nr. 323/42 g. Kdos
Geheime Kdo. = sache

Führer: Hauptquartier
25. June 1942
15 Ausfertigungen
1 Ausfertigung

Richtlinien für die Durchführung der Aktion gegen Partisanen und sonstigen Banditen in Oberkrain und Untersteiermark

- 1.) Die Voraussetzung für die Durchführung der Gesamtktion ist eine genaue sicherheitspolizeiliche Erforschung des gesamten Gebietes und eine Erfassung der Organisation des Gegners. Die Sicherheitspolizei ha vor allem die Aufgabe, auf jedem ihr nur möglichen Weg die Standplätze der Banden und einzelnen Gegnergruppen sowie besondere die Sitze der Bandenführer auszukundschaften
- 2.) Bei der Aktion der Einsatzkräfte halte ich folgende Dinge für notwendig:
 - a) die Umstellung des bereinigenden Gebietes und seine Abriegelung (am besten durch Landesschutzen, Ers – Btl. und Reserve Pol. – Btl.),
 - b) das Vordringen von Stosstrups und Einsatzgruppen gegen die vorher durch die Sichertepolizei erkundeten Banden und deren Vernichtung im Kampf,
 - c) die Vorfolgung der in diesem Kampf auseinander gesprengten Bestandteile durch einzelne Spähtrups und das Jagen der Banditen bis zu ihrer Auslöschung,
 - d) Die Strafaktion gegen Dörfer, die sich durch Unterstützung der Banden schuldig gemacht haben.
- 3.) Die Aktion hat alle Elemente der Bevölkerung, die gutwillig die Banden durch Gestellung von Menschen, Verpflegung, Wäffen und Unterschlupf unterstützt haben, unschädlich zu machen. Die Männer einer schuldigen Familie, in vielen Fällen sogar die Sippe, sind grundstätzlich zu exekutieren die Frauen dieser Familien sind zu verhaften und in ein Konzentrationslager zu bringen, die Kinder sind aus ihrer Heimat zu entfernen und im Altreichsgebiet des Gaus zu sammeln. Über Anzahl und rasischen Wert dieser Kinder erwarte ich gesonderte Meldungen. Hab und Gut der schuldigen Familien wird eingezogen.
Das andere Zeil ist, die gutwillige Bevölkerung von dem Druch der Banden zu befreien und ihnen das Gefühl des Sicherheit in deutschen Reich zu geben.
- 4) Die Durchführung der Aktion wird von den Führern und Männern das fusserste an Pflichterfüllung und Umsicht sowie aber auch an körperlichen Leistungen und Anstrengungen in dem schweren Gebirgsgelände erfordern. Ich erwarte, das Führer und Männer von SS und Polizei die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen.

F.d.R.
Bohde

H. Himmler

d.Sch. u. SS - Obersturmbannführer